

In der Novelle „Die Idee der Ministerin“ von Wulf Bennert verschwimmen Fiktion und Realität

geschrieben von Admin | 4. März 2022

von Vera Lengsfeld

Am 29. Februar wurde auf dem Parteitag der Grünen Ricarda Lang mit 75,93 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. Wie wird es mit ihr weitergehen? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden wir sie nach den nächsten Bundestagswahlen zu einem Ministerinnenamt beglückwünschen dürfen – Annalena hat den Weg dazu vorgezeichnet. Sie wäre dann die erste offen bisexuelle Ministerin in einem Kabinett und damit ein überfälliger Fortschritt auf dessen Weg zur angestrebten Diversität. Fachlich reiht sich Ricarda dagegen eher brav in die Riege der Studienabbrecherinnen unter den Politikerinnen ein: Ein Studium der Rechtswissenschaft brach sie nach siebenjährigem Anrennen gegen die spröde Materie einsichtig ab. Welches Ministerium Frau Ricarda Lang einmal anvertraut wird, lässt sich jetzt noch nicht erahnen; das hängt ausschließlich von den Zufälligkeiten künftiger Koalitionsverhandlungen ab. Vielleicht wird sie ja Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, wie die Protagonistin in Bennerts neuer Novelle „Die Idee der Ministerin“. Mit dieser Hauptfigur teilt sie dann zwar nicht die sexuellen Vorlieben, mit Sicherheit aber die völlige Ahnungslosigkeit auf naturwissenschaftlichem Gebiet. Doch eine solche Ignoranz findet sich auch bei den heute schon regierenden Politikern, wenn sie glauben, für den Betrieb des Stromnetzes müsse man nur genügend erneuerbare Energie haben. Sie kennen den Unterschied zwischen Energie und Leistung nicht und vermögen nicht zwischen Kilowattstunde und Kilowatt zu unterscheiden. Diese Ignoranz kann letztendlich im Falle eines Blackouts tausende von Menschenleben kosten.

Die Novelle „Die Idee der Ministerin“ mit dem Untertitel „Allgemeinverständlicher Bericht zur Abschaffung des Zweiten Hauptsatzes der Wärmelehre“ handelt von anderen, durchaus denkbaren Folgen eines völligen Fehlens naturwissenschaftlicher Grundkenntnisse bei einer Spitzenpolitikerin, die nach einem Studium der Genderwissenschaft in das Amt einer Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eingesetzt wurde. Damit avancierte sie auch zur obersten Dienstherrin für zahlreiche Wissenschaftler in staatlichen Forschungsinstitutionen. Sie kommt auf die Idee, mittels einer Wärmepumpe das Fahrwasser eines Schiffes abzukühlen und mit der dabei gewonnenen Energie das Schiff anzutreiben. Von dem Leiter eines Instituts für technische Thermodynamik verlangt sie ultimativ die unverzügliche Umsetzung Ihres Einfalls. Dass dieser Forderung der Zweite Hauptsatz der Thermodynamik im Wege steht, stört sie nicht weiter; sie behauptet, er hielte einer undogmatischen

feministischen Betrachtungsweise gar nicht stand. Unterstützt von einer Beraterin mit Professorentitel ist die Ministerin unfähig zu erkennen, dass physikalische Gesetze sich jeglichem politischen Einfluss entziehen.

Im Forschungsinstitut findet ein kurz vor seiner Pensionierung stehender Mitarbeiter ungewöhnliche Strategien des Umgangs mit der narzisstischen Politikerin, wobei seine Erfahrungen aus DDR-Zeiten außerordentlich hilfreich sind. Es gelingt ihm, dem makabren Geschehen eine unerwartete Wendung zu geben.

Die „Idee der Ministerin“ von Wulf Bennert ist ebenso spannend geschrieben wie sein kürzlich erschienener Erfolgsroman „2054 – Ein Jahr im Paradies der Genügsamkeit“, bei dem schon nach wenigen Wochen eine zweite Auflage zu drucken war. In der Handlung der Novelle sind Fiktion und Beschreibung unserer Gegenwart so eng miteinander verflochten, dass man sie kaum noch voneinander trennen kann. Den durch Zeichnungen veranschaulichten Ausflügen des Autors in physikalische Sachverhalte vermag man mit ein wenig Konzentration durchaus zu folgen.

Das Buch ist im Kaleidoscriptum Verlag zum Preis von 12,80 € hier bestellbar.

Wie ein geistloser Klimakrieg um Energie die Ukraine ausgeliefert hat

geschrieben von Chris Frey | 4. März 2022

[Larry Bell](#)

Die wahnhaftige Energiepolitik der westlichen Staaten gegen Kohlenwasserstoffe, die sich auf die Bekämpfung des Klimawandels als „größte existenzielle Bedrohung“ stützt, wird von weitaus gefährlicheren und furchterregenderen Gegnern ausgenutzt.

Wir werden derzeit Zeuge der tragischen Konsequenzen, die sich aus dem Versagen der vom russischen Öl und Gas abhängigen NATO-Verbündeten – **insbesondere Deutschlands** – ergeben, die brutale Aggression Putins gegen die Ukraine zu verhindern und zu kontern.

Hinzu kommt ein gleichzeitiges politisches Desaster der Biden-Regierung, das gleichzeitig die Energieunabhängigkeit der USA beendet und die Exportkapazitäten erschöpft hat, um die Abhängigkeit der EU von diesen russischen Lieferungen zu verringern.

Deutschland, eine dominierende Wirtschaftsmacht in der EU und ein bemerkenswertes Leichtgewicht in der NATO (nur 1,5 % des BIP für das Militär), ist für mehr als die Hälfte seines Erdgases und ein Viertel seiner Öleinfuhren von Russland [abhängig](#).

Wir sollten uns alle daran erinnern, dass die NATO 1949 von den USA, Kanada und mehreren EU-Ländern ausdrücklich aus genau diesem Grund gegründet wurde: um nach dem Zweiten Weltkrieg kollektive Sicherheit gegen den damaligen Expansionismus der Sowjetunion zu gewährleisten.

Während Amerika weder vertraglich verpflichtet ist noch den Wunsch hat, seine Truppen in einen Krieg in der Ukraine zu verwickeln, die nicht Mitglied der NATO ist, sollten wir uns dennoch an eine Verpflichtung aus dem Jahr 1994 erinnern, die als Budapester [Memorandum](#) bezeichnet wird und in der die USA, Großbritannien und Russland der Ukraine Sicherheitsgarantien im Austausch für ein sehr großes militärisches Zugeständnis zusicherten.

Das Memo beginnt mit der Feststellung, dass die Ukraine sich verpflichtet hatte, „alle Kernwaffen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes aus ihrem Hoheitsgebiet zu entfernen“. Dieser Bestand umfasste etwa 1.800 Kernwaffen, die alle bis 1996 an Russland zurückgegeben wurden.

Die Unterzeichner – darunter auch Russland – „bekräftigten ihre Verpflichtung, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit der Ukraine zu enthalten“, „verpflichteten sich, von wirtschaftlichem Zwang gegen die Ukraine abzusehen“ und kamen überein, „den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um sofortige Maßnahmen zu ersuchen, um der Ukraine im Falle eines ‚Angriffsaktes‘ gegen das Land Unterstützung zu gewähren“.

Der von den Vereinten Nationen geförderte Klimaalarmismus in Bezug auf die Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger hatte unerklärlicherweise zur Folge, dass der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder vor etwa 20 Jahren den Plan fasste, innerhalb von drei Jahrzehnten auch aus der Kernenergie auszusteigen, die keine Kohlenstoffemissionen verursacht.

In Schröders Amtszeit einigten sich Deutschland und Russland auf den Bau der Ostseepipeline Nord Stream, die beide Länder miteinander verbindet.

Nach seiner Wahlniederlage gegen Angela Merkel übernahm Schröder dann den Vorsitz der Aufsichtsräte von Nord Stream und des russischen Ölriesen Rosneft.

Merkel, die 2005 die Nachfolge Schröders antrat, beschleunigte den Prozess, so dass die letzten Atomkraftwerke des Landes in diesem Jahr vom Netz gehen sollen – ein Jahrzehnt früher als geplant.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich daraufhin mit Präsident Wladimir Putin

zusammengetan, um dem weit verbreiteten Widerstand gegen Nord Stream 2 **entgegenzuwirken**, einer zweiten Pipeline, die inzwischen **fertiggestellt** ist und parallel zur ersten verläuft. Nach ihrer Genehmigung wird sich die Menge des nach Deutschland gelieferten russischen Gases verdoppeln.

Merkel war auch maßgeblich daran beteiligt, russische Gasexporte vor den Sanktionen zu **schützen**, die nach dem Einmarsch Moskaus in die Ukraine im Jahr 2014 verhängt wurden, und betonte, wie wichtig es sei, die Beziehungen zwischen Europa und Russland zu verbessern.

Es dürfte kaum überraschen, dass die zunehmende Abhängigkeit Deutschlands von Gasimporten Merkels Nachfolger, Bundeskanzler Olaf Scholz, dazu **veranlasste**, sich für die Aufhebung der Energiesanktionen gegen Russland im Falle eines Überfalls auf die Ukraine einzusetzen.

Berlin, ein wichtiger Waffenexporteur nach Ägypten, weigerte sich sogar, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, und **hinderte** Estland aktiv daran, dies zu tun. Großbritannien leitete Waffentransfers – darunter etwa 2.000 **Panzerabwehrraketen** – um Deutschland herum, um nicht bei der **neuen** Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz eine peinliche Überfluggenehmigung einholen zu müssen.

Deutschlands Hoffnung, durch Beschwichtigung dauerhaften russischen Frieden und guten Willen zu gewinnen, ist eine gefährliche Narretei.

Die Ukraine hat dies bereits auf die harte Tour gelernt, als Gazprom 2009 während eines Streits mit weitreichenden regionalen Unterbrechungen die Gasversorgung für 13 Tage unterbrochen hat.

Diese schmerzhafteste Erfahrung veranlasste einige weitsichtige europäische Länder, mit dem Aufbau umfangreicher Energieinfrastrukturen zu beginnen, um diese Falle zu vermeiden.

Polen und Litauen sind nun nicht mehr auf russisches Gas angewiesen, da sie Lieferungen aus so weit entfernten Ländern wie Australien importieren können.

Kein einziger Aspekt des derzeitigen russischen Energiewürgegriffs auf Europa war notwendig.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Paradoxerweise verfügt Europa, obwohl seine Gasreserven kleiner sind als die Russlands, möglicherweise über ebenso viel technisch förderbares **Schiefergas** wie die USA, dessen Erschließung die Regierungen nicht zulassen wollen.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine Verzögerung bei der Windenergieproduktion im letzten Sommer zu steigenden Gaspreisen beigetragen hat, da Europa nun mit geringen Reserven in den Winter geht.

Die Trump-Administration hatte Deutschland gedrängt, Flüssigerdgas-Importterminals zu bauen, um seine Gasversorgung zu diversifizieren, wie es Polen, die Niederlande und Litauen getan haben.

Stattdessen gerieten die deutschen LNG-Terminals in einen Genehmigungsstau, und ein Unternehmen beschloss letztes Jahr, ein LNG-Projekt in ein „grünes Wasserstoffzentrum“ umzuwandeln, einschließlich eines Importterminals für Ammoniak und einer Elektrolyseanlage.

Die Biden-Regierung hat sich direkt an diesem Desaster beteiligt.

Nachdem Joe Biden an seinem ersten Tag im Amt unerklärlicherweise die Genehmigung der amerikanisch-kanadischen Keystone XL-Pipeline aufgehoben hatte, hob er anschließend auch die Sanktionen der Trump-Regierung gegen Nord Stream 2 auf.

Die in die Höhe schießenden US-Preise an der Zapfsäule und die sinkenden Umfragewerte, die größtenteils auf die Anti-Fracking-Politik der Demokraten zurückzuführen sind, haben Präsident Biden seither dazu veranlasst, die OPEC und Russland auf erbärmliche Weise zu bitten, mehr Öl zu fördern.

Als klarer Beweis für die selbstverschuldete Misere [importierten](#) die USA im Jahr 2021 monatlich zwischen 12 und 26 Millionen Barrel russisches Öl, während die Trump-Regierung Amerika nicht nur energieunabhängig, sondern auch zu einem führenden globalen [Exporteur](#) gemacht hatte.

Obwohl Biden sagt, dass er jetzt eine Rückkehr zu den US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 [unterstützt](#), und die [Regierung](#) von Bundeskanzler Olaf Scholz zugestimmt hat, die Nutzung vorerst nicht zu genehmigen, bleibt abzuwarten, ob ein kalter, dunkler europäischer Winter dieses Kalkül ändern könnte.

Leider kommen für die Ukraine alle Vorteile, die Russland nach der Invasion hat, tragischerweise viel zu spät.

This piece originally [appeared](#) at NewsMax.com and has been republished here with permission.

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/02/how-a-mindless-climate-war-on-energy-surrendered-ukraine>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Fritz Vahrenholt: Deutsches Frackinggas könnte Versorgungssicherheit drastisch erhöhen – Braun- und Steinkohleverstromung muss weiter sicher gestellt werden

geschrieben von Admin | 4. März 2022

von Prof. Dr. Fritz Vahrenholt:

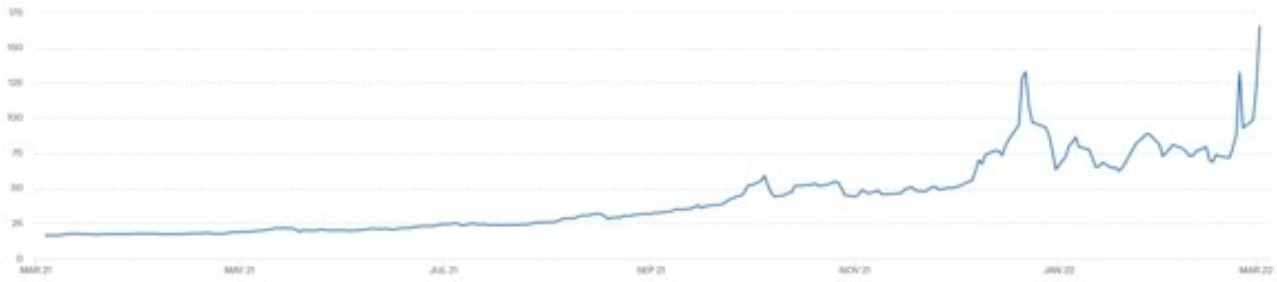
Die russische Besetzung der Ukraine rückt die durch den doppelten deutschen Ausstieg aus Kernenergie und Kohle verursachte Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölexporten in den Mittelpunkt der energiepolitischen Debatte. Verantwortliche für diese Situation wie Ex-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel wiegeln ab („Wir werden genug Lieferanten finden, die uns auch mit Energieressourcen versorgen“).

Wir wollen untersuchen, wie ernst die durch die Energiewende verursachte Abhängigkeit wirklich ist.

Der Ukraine-Krieg und die Energiewende

Der Stopp der Inbetriebnahme der fertiggestellten Gaspipeline Nordstream 2 hat Konsequenzen für die Energiewende. Die Pipeline ist (wie Nordstream 1) alleine fast doppelt so leistungsstark wie die Pipeline aus der Ukraine. Nordstream 2 war eine tragende Säule der deutschen Energiewende. Nach dem Doppelausstieg aus Kohle und Kernenergie war klar, dass die gesicherte Leistung der konventionellen Kraftwerke nur durch einen erheblichen Import von Erdgas sichergestellt werden könnte. Selbst der forcierte Ausbau von Wind- und Solarenergie, wie er im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 angekündigt wurde, löst das Problem der Volatilität der Erneuerbaren Energieerzeugung nicht.

Wind steht eben nur mit 25 % der Vollaststundenzahl des Jahres zur Verfügung, Sonne nur zu etwa 10 % des Jahres. Daher hatte der Koalitionsvertrag folgerichtig einen massiven Ausbau von Gaskraftwerken vorgesehen. Die etwa 50 neuen Gaskraftwerke werden nun eine neue Lieferquelle benötigen. Dies erfolgt in einer Lage, in der die Gasmärkte der Welt bereits von Engpässen und extremen Preisentwicklungen gekennzeichnet sind. Aktuell ist der Gaspreis achtmal so hoch wie vor einem Jahr. (Quelle Grafik :Dutch TTF Gas Futures in € pro MWh)

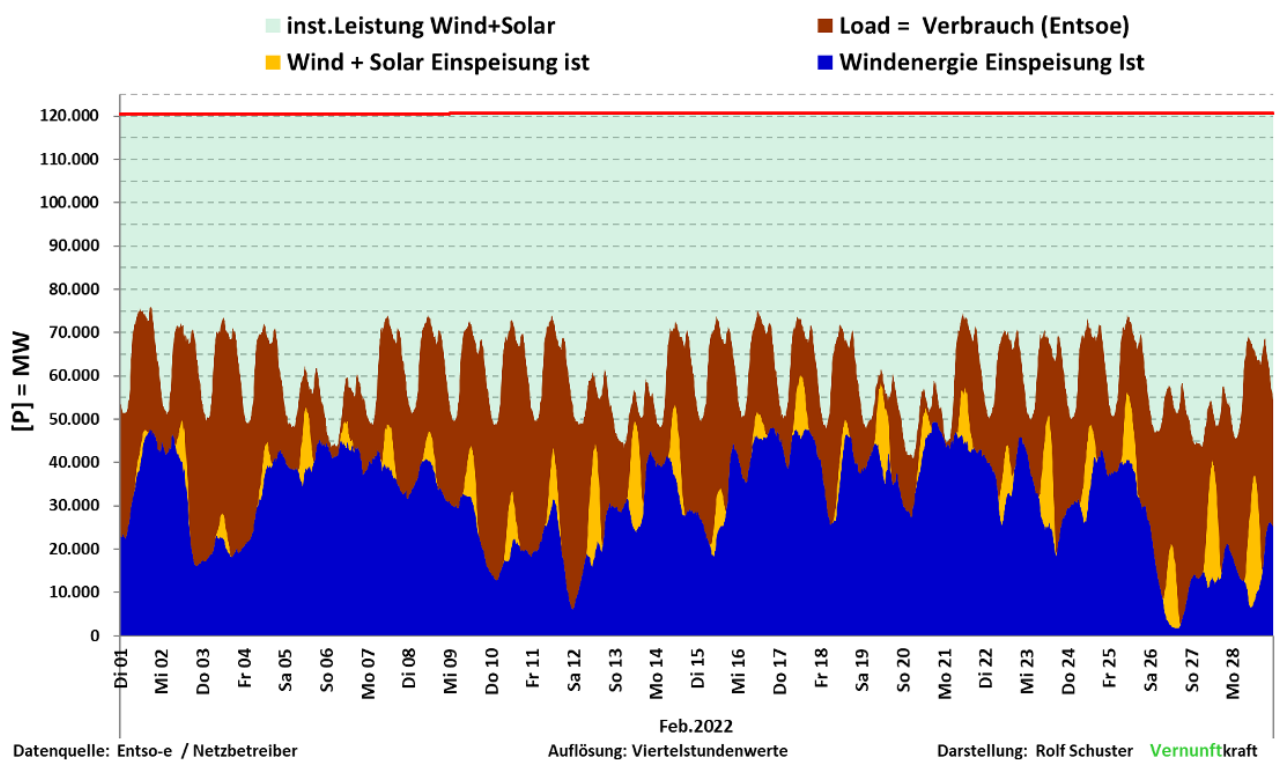


Minister Habeck erkennt den Ernst der Lage

Noch vor wenigen Monaten hieß es von Seiten der Spitzenkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock: „Die nächste Regierung ist die letzte, die noch aktiv Einfluss auf die Klimakrise nehmen kann.“ Und: „Deutschland braucht eine Klimaregierung“. Die Regierung ist nun auf dem Boden der Realität angekommen. Zwar gibt es immer noch genug Märchenerzähler, wie den Bundesverband Windenergie, die Windenergie als Lösung zur Unabhängigkeit von Russland anpreisen oder die Deutsche Umwelthilfe, die gerade in diesen Tagen gegen den Braunkohletagebau Jämschwalde klagt und damit das Aus ostdeutscher Braunkohlekraftwerke unmittelbar herbeiführen will (die dann durch Erdgaskraftwerke ersetzt werden müssten). Dabei ist es genau andersherum: jeder weitere Zubau mit fluktuierenden Windkraftanlagen erhöht die Notwendigkeit von Backup-Kraftwerken, solange Speicher nicht zur Verfügung stehen.

Dr. Detlef Ahlborn von Vernunftkraft: „Für die Dauer von 36 Tagen im Jahr fällt die Windenergieproduktion de facto aus. An jedem 4. Tag, also für die Dauer von drei Monaten, liegt die Stromproduktion unter 10 % der installierten Leistung.“ Im Jahr 2021 trug Erdgas 26,7 % zum deutschen Primärenergiebedarf bei, davon bezog Deutschland 55 % aus Russland. Windenergie trug 3,5 % zum Primärenergiebedarf bei – und das mit hoher Fluktuation. Dem Wirtschaftsminister scheinen diese Zusammenhänge mittlerweile klar geworden zu sein, denn immerhin schließt er nicht mehr aus, dass Kohlekraftwerke in Deutschland länger laufen könnten.

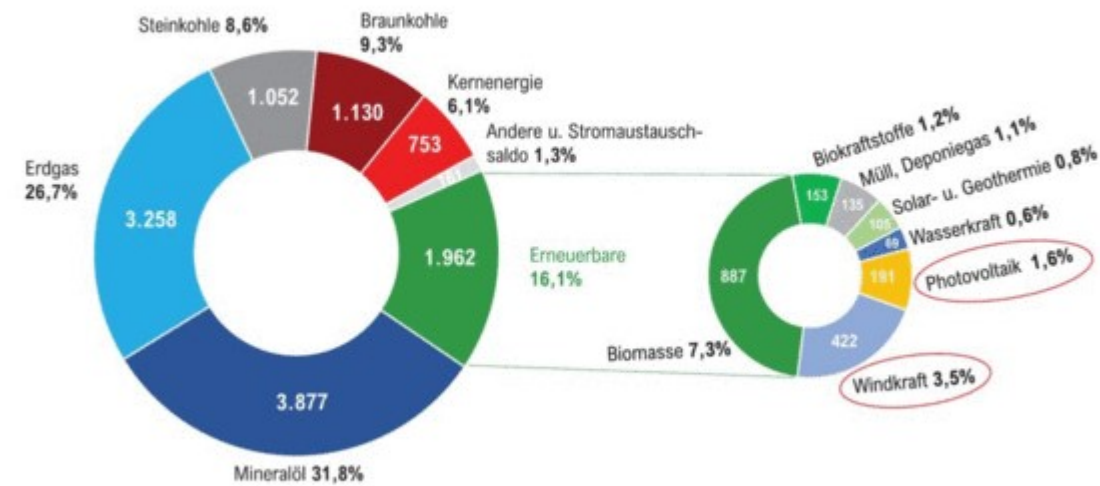
Feb 2022	Load D	Wind	Solar	Wind + Solar	Proz. der Nennleist.
inst. Nennleistung		63.477MW	57.150MW	120.627MW	
Max	75.825MW	49.464MW	29.094MW	60.243MW	49,94%
Mittelwert	60.136MW	31.394MW	3.323MW	34.717MW	28,78%
Min	40.897MW	1.681MW	0MW	2.547MW	2,11%
Summe Monat	40.412GWh	21.097GWh	2.233GWh	23.330GWh	28,78%



Wind- und Solareinspeisung vs. inst. Leistung und verbauch Daten Entso-2, Grafik Ralf Schuster Vernunftkraft

Selbst hinsichtlich einer Laufzeitverlängerung der noch verbliebenen Kernkraftwerke gab es zumindest eine Tonfalländerung. Sein Ministerium prüfe das. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis brach ein weiteres Tabu: "Inzwischen fordern ja auch die Grünen, amerikanisches Fracking-Gas zu kaufen. Wir könnten auch in Deutschland auf diese Weise Gas fördern. Das ist viel sicherer, als man denkt". Tatsächlich könnte Deutschland mit dieser 2016 hierzulande verbotenen Technik einen großen Teil der Importe ersetzen (Jahresverbrauch Deutschland etwa 100 Milliarden m³). Immerhin 2,3 Billionen m³ Gas liegt in 1000 bis 3000 m tiefen Schieferschichten.

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2021 (12.193 PJ*)

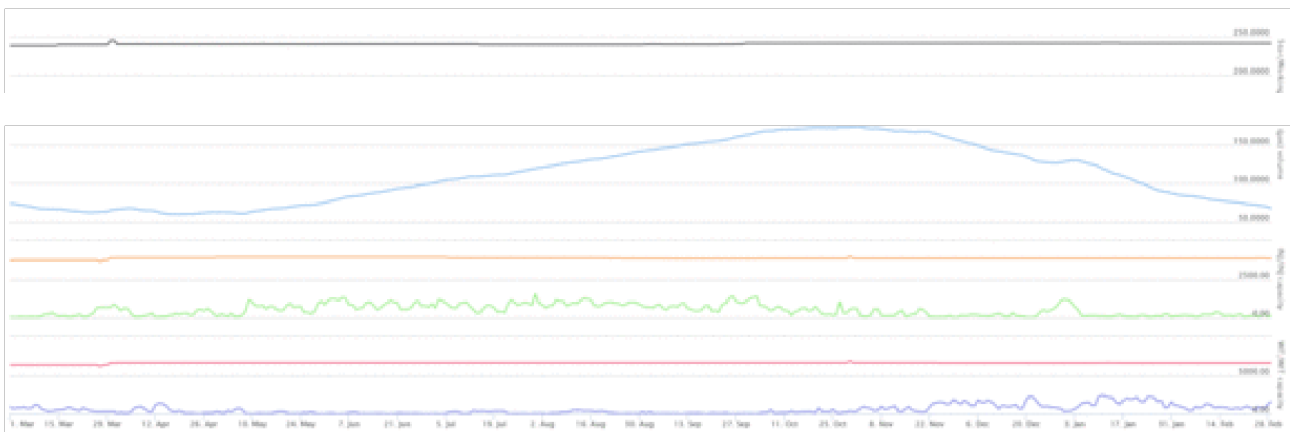


*vorläufige Zahlen, Stand 12/2021
 Quelle: Energiedaten des BMWK, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, eigene Darstellung

Die Speicher leeren sich

Die Gasspeicher in Deutschland sind nur zu einem Drittel gefüllt (siehe Grafik : blaue Linie bezogen auf die schwarze Linie (maximale Kapazität), die grüne Linie ist die Höhe der Einspeicherung. Jeden Tag leeren sich die Speicher um etwa 1 %. Bislang rettet uns ein milder Winter. Falls es noch zu einem kalten Märzwinter kommt, sind bei einem Stopp der russischen Lieferungen bald leer. Für einen solchen Fall liegen die Pläne in der Schublade : Die europäische Gassicherheits - Verordnung bestimmt, dass die Gasversorgung der Industrie eingestellt werden kann und nur noch die „geschützten Verbraucher“ wie Haushalte und Heizwerke beliefert werden.

Zwar hat Präsident Putin zugesichert, dass die Gas-Lieferverträge durch Russland erfüllt werden. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass ein Teil der Gaspipelines durch die Gebiete Luhansk und Donezk verlaufen.



Die Weichen für die nächsten Winter müssen jetzt gestellt werden

Die Gasabhängigkeit wird sich erneut verstärkt in den nächsten Wintern stellen. Die Alternative von Flüssiggasanlandungen stellt sich für Deutschland vorerst nicht, da grüner Protest bislang die Flüssiggasterminals an der Nordseeküste verhindert hat. Zwar haben die an der westeuropäischen Küste von Spanien bis Holland errichteten Flüssiggasterminals noch Aufnahmekapazität, aber es fehlt die Infrastruktur, dieses Gas in ausreichender Menge nach Mittel- und Osteuropa zu transportieren. Außerdem sind die Lieferländer wie Katar nicht in der Lage die Förderungen zu erhöhen. Norwegen ist ebenfalls nicht in der Lage mehr zu fördern. Das große holländische Gasfeld Groningen, aus dem auch Deutschland bedient wurde, wird im ersten Halbjahr 2022 stillgelegt, da die Entnahme des Gases zu großräumigen Setzrissen geführt hat. Und das Umlenken der nach Asien gerichteten Gasexporte aus USA und Katar hätte zumindest eine Folge: erhebliche Preisaufschläge in einem Bieterwettbewerb um amerikanisches Schiefergas und katarisches Gas.

Wie konnte es soweit kommen, Deutschland in eine Abhängigkeit von Russland zu treiben, das mittlerweile 55 % der Gasversorgung Deutschlands wahrnimmt? Wie konnte es dazu kommen, dass die drei größten deutschen Gasspeicher, darunter die gigantischen Gasspeicher von Rehden und Jemgum in russischer Hand sind und dass Russland am Gasnetzbetreiber VNG beteiligt ist? Wieso konnte Rosneft die größte deutsche Raffinerie in Schwedt übernehmen?

Das ist das Ergebnis einer zehnjährigen Ausstiegspolitik in der Ära Merkel.

In drei Legislaturperioden mit unterschiedlichen Koalitionspartnern (einmal FDP, zweimal SPD) hat sie es geschafft, die Ausstiegsträume der Grünen zu realisieren und die deutsche Energieversorgung in seinen Fundamenten zu zerstören. Zunächst der Ausstieg aus der Kernenergie und dann der überhastete Ausstieg aus der heimischen Braunkohle sowie der Steinkohle haben Deutschland in eine dramatische Abhängigkeit von Gasimporten gebracht. Mittlerweile ist Deutschland das zweitgrößte Gasimportland nach China.

Hat man wirklich geglaubt mit Solar und Windkraftwerken, Deutschlands Energiebedarf für den Strom, die Wärme, den Verkehr und die Industrie zu wettbewerbsfähigen Kosten sicherzustellen? Das konnte nur gutgehen mit einer wettbewerbsfähigen Kosten sicherzustellen? Das konnte nur gutgehen mit einer alles tragenden Hauptsäule, dem exzessiven Gasimport. Denn die eigenen vorhandenen Gasschätze im deutschen Schiefergestein zu heben, wurde einer grünen Wohlfühlpolitik geopfert und verboten. Und die rot-grün-gelbe „Fortschrittskoalition“ beschleunigte das Tempo. Die letzten

6 Kernkraftwerke, die zum Antritt der Regierung Scholz noch vorhanden waren, werden ersetzt werden müssen durch Gaskraftwerke, die 120 TWh Gas verbrauchen– fast ein Viertel der Leistung der nun gestoppten Nordstream 2 Leitung .

Es ist höchste Zeit neben der ökologischen Frage die zwei anderen Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung neu zu entdecken: die der Wirtschaftlichkeit und die der Versorgungssicherheit. Die Reduktion der zukünftigen Energieversorgung auf Windenergie, Photovoltaik und Erdgas trägt nicht mehr. Der Ausstieg aus der heimischen Braunkohle- „idealerweise 2030“- wird sich nicht realisieren lassen.

Es ist Zeit für Tabubrüche und technologische Innovation, um die Kriegserklärung Putins an die europäische Sicherheit zu beantworten: CO2-Abscheidung bei Kohlekraftwerken, Kernkraftwerkstechnologien, die inhärent sicher aus abgebrannten Brennelementen Strom produzieren und verstärkte eigene Erdgasförderung. Dann kann man sich vielleicht auch den sehr teuren Wasserstoffpfad für synthetische Kraftstoffe leisten, um fluktuierende erneuerbare Energien zuverlässig nutzbar zu machen.

Mit den besten Wünschen

Ihr

Fritz Vahrenholt

Neu : Newsletter per E-mail weiterempfehlen

Hier teilen über Facebook und Twitter



Eine nukleare Energielösung, um die russische Energiedominanz zu verhindern

geschrieben von Andreas Demmig | 4. März 2022

Jeremy Harrell, Cfact

Die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine haben auf den globalen Energiemärkten für Unruhe gesorgt. Die Ölpreise sind instabil, die US-Erdgasproduzenten beobachten die Situation genau, und die wachsende Stromnachfrage übertrifft die dargebotsabhängige Erzeugung. Inmitten dieser Dynamik sieht die Kernenergie wirklich attraktiv aus.

Beben in der Energiewelt: Fritz Vahrenholt über grüne Politik und die Gasversorgung in Kriegszeiten bei TE

geschrieben von AR Göhring | 4. März 2022

Im neuen Podcast von Tichys Einblick spricht Holger Douglas mit Prof. Fritz Vahrenholt über grüne Energiepolitik und über Verwerfungen auf dem Gasmarkt durch Rußlands Angriffskrieg auf die Ukraine. ([hier klicken](#))



